AKDB-Kommunalforum

Bürgermeister setzen auf KI

[02.11.2026] Eine neue Studie der Universität Bremen und der KGSt zeigt: Künstliche Intelligenz ist in den Führungsetagen der Kommunalverwaltungen angekommen. 89 Prozent der Bürgermeister und Landräte in Deutschland unterstützen den KI-Einsatz, 44 Prozent nutzen die Technologie täglich. Allerdings fehlen vielerorts klare Zuständigkeiten für das Datenmanagement.

Wie stehen Deutschlands Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte zur Digitalisierung und insbesondere zum Einsatz Künstlicher Intelligenz? Welche Chancen sehen sie, welche Risiken fürchten sie? Und wie gut sind ihre Verwaltungen organisatorisch auf den KI-Einsatz vorbereitet? Antworten auf diese Fragen liefert der neue „Kommunale Digital-Index“, dessen erste Ergebnisse Professor Björn Niehaves vom Fachbereich Mathematik und Informatik der Universität Bremen auf dem 7. AKDB-Kommunalforum, das vergangene Woche in München stattfand, vorgestellt hat.

Die bislang unveröffentlichte Studie ist ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Bremen und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) im Auftrag der AKDB. Anders als viele bestehende Untersuchungen zur Verwaltungsdigitalisierung konzentriert sie sich auf die Perspektive der kommunalen Verwaltungsspitzen. Im Mittelpunkt stehen dabei weniger der aktuelle Digitalisierungsstand als vielmehr die Erwartungen, Einstellungen und Zukunftseinschätzungen der Verantwortlichen.

Dafür wurden bis Mitte September 2026 bundesweit Bürgermeisterinnen, Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte befragt. Nach Angaben von Niehaves konnten Kommunen unterschiedlicher Größenklassen aus allen Regionen Deutschlands erreicht werden. Knapp 20 Prozent der Landkreise beteiligten sich an der Befragung. Die Ergebnisse sollen zu einem späteren Zeitpunkt vollständig veröffentlicht werden.

KI in den Führungsetagen angekommen

Eine zentrale Erkenntnis der Untersuchung ist die hohe Akzeptanz Künstlicher Intelligenz unter den kommunalen Führungskräften. 89 Prozent der befragten Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten unterstützen den Einsatz von KI in ihrer Verwaltung. Zugleich nutzen 44 Prozent die Technologie bereits täglich, weitere Befragte mindestens wöchentlich. Nur zwei Prozent haben nach Angaben von Niehaves bislang praktisch keine Berührungspunkte mit KI.

Damit widersprechen die Ergebnisse der Vorstellung, dass kommunale Führungskräfte die neuen Technologien vor allem ihren Fachabteilungen überlassen und selbst kaum nutzen. Vielmehr gehöre ein erheblicher Teil der Verwaltungsspitzen inzwischen zu den intensiven KI-Anwendern. Auch organisatorisch hat das Thema in vielen Kommunen bereits seinen Platz gefunden. In 80 Prozent der befragten Verwaltungen sind die Zuständigkeiten für KI geregelt. In 48 Prozent der Fälle ist die Verantwortung in die bestehende Digitalstrategie oder in Digitalteams integriert.

Datenmanagement bleibt Schwachstelle

Deutlich weniger weit sind die Kommunen allerdings beim Datenmanagement. In 46 Prozent der befragten Verwaltungen gibt es dafür keine klar definierten Verantwortlichkeiten. Niehaves sieht darin ein wesentliches Hindernis für die nächste Entwicklungsstufe der KI-Nutzung. Denn während sich einfache KI-Anwendungen wie Chatbots vergleichsweise schnell einführen ließen, erfordere die Integration Künstlicher Intelligenz in komplexe Verwaltungsprozesse wesentlich mehr organisatorische Vorarbeit. Dazu gehörten neben einem systematischen Prozess- und Veränderungsmanagement insbesondere der strukturierte Zugriff auf Verwaltungsdaten und deren übergreifende Nutzung.

Erst wenn Kommunen ihre eigenen Daten sinnvoll einbinden könnten, ließen sich KI-Systeme für anspruchsvollere Aufgaben einsetzen und größere Effizienzgewinne erzielen. Die bislang häufig dezentralen Datenbestände in proprietären Fachverfahren erschwerten dies erheblich. Niehaves warnte deshalb davor, die Benennung von KI-Verantwortlichen bereits als ausreichende organisatorische Vorbereitung zu betrachten. Ohne klare Zuständigkeiten für das Datenmanagement blieben den Verwaltungen wesentliche Potenziale der Technologie verschlossen.

Politische Risiken bremsen KI-Einsatz

Besonders aufschlussreich sind die Ergebnisse zur persönlichen Risikowahrnehmung der kommunalen Führungskräfte. Die Wissenschaftler wollten wissen, wie Bürgermeister und Landräte mögliche Fehler von KI-Systemen einschätzen und welche Konsequenzen sie für ihre eigene politische Verantwortung befürchten. Dabei zeigte sich nach Angaben von Niehaves ein signifikanter Zusammenhang: Wer die Wahrscheinlichkeit von KI-Fehlern hoch einschätzt und zugleich befürchtet, dafür persönlich oder politisch zur Verantwortung gezogen zu werden, unterstützt die KI-Transformation tendenziell weniger stark.

Besonders ausgeprägt sei dieser Effekt in Kommunen mit unklaren politischen Mehrheitsverhältnissen oder bevorstehenden Wahlen. Dort bestehe eine größere Zurückhaltung, neue KI-Anwendungen voranzutreiben, weil mögliche Fehlentscheidungen auch politische Folgen haben könnten. Regionale Unterschiede seien ebenfalls erkennbar. Insbesondere in ostdeutschen Bundesländern spiele diese Risikowahrnehmung eine größere Rolle. Allerdings lasse sich der Effekt auch in anderen Regionen beobachten, wenn politische Unsicherheiten oder anstehende Wahlen hinzukämen.

Die Ergebnisse verdeutlichen nach Einschätzung des Wissenschaftlers, dass die Einführung Künstlicher Intelligenz nicht allein eine technische oder organisatorische Aufgabe ist. Auch die persönliche Risikobewertung der politischen Entscheidungsträger beeinflusst, wie konsequent die Transformation vorangetrieben wird.

Mehrheit hat Regeln für KI geschaffen

Bei der Regulierung des KI-Einsatzes zeigt die Studie ein vergleichsweise positives Bild. 77 Prozent der befragten Kommunen haben bereits Vorgaben für die Nutzung künstlicher Intelligenz geschaffen, etwa durch Dienstanweisungen, Dienstvereinbarungen oder Leitlinien. Sieben Prozent der Verwaltungen verbieten die KI-Nutzung dagegen grundsätzlich. Niehaves kritisierte solche Verbote deutlich. Gerade leistungsstarke Beschäftigte nutzten KI häufig, um ihre Aufgaben effizienter zu erledigen. Ein generelles Verbot könne deshalb dazu führen, dass engagierte Mitarbeitende entweder auf hilfreiche Werkzeuge verzichten müssten oder diese entgegen den geltenden Vorgaben einsetzten.

Statt pauschaler Verbote empfahl der Wissenschaftler, klare und praktikable Regeln für einen verantwortungsvollen KI-Einsatz zu schaffen. Dazu gehörten insbesondere Vorgaben zum Datenschutz, geeignete technische Zugänge und die Schulung der Beschäftigten.

Deutliche regionale Unterschiede

Die Untersuchung zeigt zudem erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen Deutschlands. Während in der Region Süd, zu der Bayern und Baden-Württemberg zusammengefasst wurden, lediglich sechs Prozent der Kommunen noch keine Regelungen zur KI-Nutzung getroffen haben, liegt dieser Anteil in Ostdeutschland bei 28 Prozent.

Niehaves führte die vergleichsweise hohe Regelungsdichte im Süden unter anderem auf gut funktionierende kommunale Netzwerke zurück. Der Austausch zwischen Verwaltungen und die Unterstützung durch kommunale IT-Dienstleister wie die AKDB könnten dazu beitragen, Erfahrungen und bereits erarbeitete Regelwerke schneller zu verbreiten. Allerdings liegen bislang noch keine gesonderten Ergebnisse für Bayern vor. Diese sollen im Rahmen der späteren Veröffentlichung ausgewiesen werden.

Auch die Größe einer Kommune spielt eine Rolle. Kleinere Verwaltungen verfügen der Studie zufolge seltener über verbindliche KI-Regelungen als größere. Je nach betrachteter Gruppe fehlen entsprechende Vorgaben bei etwa einem Viertel der kleineren Kommunen. Für Niehaves ist dies besonders bemerkenswert, da inzwischen zahlreiche Muster und Vorlagen für KI-Dienstanweisungen verfügbar seien. Der Aufwand für die Erstellung entsprechender Regelungen müsse deshalb auch für kleinere Verwaltungen überschaubar bleiben.

Von der KI-Nutzung zur KI-Wertschöpfung

Aus den ersten Ergebnissen des Kommunalen Digital-Index ergibt sich ein differenziertes Bild: Die Bereitschaft zum Einsatz Künstlicher Intelligenz ist in den kommunalen Führungsetagen hoch. Viele Verwaltungen haben bereits organisatorische Zuständigkeiten geschaffen und verbindliche Regeln eingeführt. Gleichzeitig bestehen erhebliche Defizite beim Datenmanagement, und politische Unsicherheiten können die Umsetzung bremsen.

Für Niehaves liegt die entscheidende Herausforderung deshalb nicht mehr allein darin, KI überhaupt in die Kommunalverwaltungen zu bringen. Vielmehr gehe es darum, die Voraussetzungen für eine tiefgreifende Integration in Verwaltungsprozesse zu schaffen. Erst dann könnten die erhofften Effizienzgewinne realisiert und die Herausforderungen durch Fachkräftemangel, demografischen Wandel und angespannte kommunale Haushalte wirksam angegangen werden.

Der Kommunale Digital-Index soll künftig dazu beitragen, solche Entwicklungen systematisch zu beobachten und die Erwartungen der kommunalen Verwaltungsspitzen sichtbar zu machen. Die vollständigen Ergebnisse der ersten Erhebung werden nach Angaben der Universität Bremen zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

()

Stichwörter: Künstliche Intelligenz, AKDB, AKDB Kommunalforum